

Parteien zur Wahl 2009:

Wie stehen die Parteien zur Wissenschaftspolitik?

Wissenschaft als Beruf

Wissenschaft in der Gesellschaft

Doktorandenausbildung

Wissenschaftskommunikation

DIE LINKE.

Vollständige Antwort der Linken

Eine gemeinsame Initiative der

Doktoranden-Netzwerke in Deutschland:



MAX PLANCK

PhDnet



Helmholtz Juniors



Wissenschaft als Beruf

Wie bewerten Sie die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere in Deutschland? Welche Maßnahmen möchten Sie durchführen, um Defizite -- auch im internationalen Vergleich -- zu beheben und mehr junge Menschen für einen dauerhaften Verbleib im deutschen Wissenschaftssystem zu gewinnen?

Nur ein Fünftel des wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen ist unbefristet beschäftigt und selbständig tätig, Tendenz fallend. 80 Prozent hingegen haben entweder befristete Verträge, keine selbständige Forschungs- und Lehrmöglichkeit oder als Lehrbeauftragte überhaupt keine vertragliche Vereinbarung über ihre Tätigkeit. An den Forschungsinstituten zeigt der Trend in eine ähnliche Richtung. Nur 26 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter gaben in einer aktuellen Studie der HIS-GmbH an, dass sie die Planbarkeit ihrer Laufbahn gut oder sehr gut einschätzen. Lediglich ein Prozent mehr bewerteten die Aufstiegsmöglichkeiten positiv.

Die mangelnde Planbarkeit einer Karriere stellt ein großes Hindernis für die Attraktivität der deutschen Wissenschaftslandschaft und für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Zudem bedeuten die drohenden Sackgassen eine große Belastung für die individuelle Lebensplanung und benachteiligen nachweislich besonders Frauen auf ihrem Weg in die Wissenschaft. DIE LINKE hat sich in der vergangenen Legislaturperiode besonders mit dem Problem mangelnder Planungssicherheit des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen parlamentarischer Initiativen beschäftigt (Vgl. etwa Bundestagsdrucksache 16/10592).

Das deutsche Wissenschaftssystem krankt an überalterten, hierarchischen Personalstrukturen und der Verhinderung kreativen Potenzials im wissenschaftlichen Mittelbau. DIE LINKE will wissenschaftsspezifische Regelungen in TVöD und TVL zur Absicherung des Mittelbaus, auch durch den Einbezug von Lehrbeauftragten und studentischen Beschäftigten. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss grundlegend überarbeitet und die enthaltene Tarifsperrung gestrichen werden. „Unbefristete Befristungen“ auf Drittmittelstellen dürfen nicht länger erlaubt sein. Die Exzellenzinitiative ist kontraproduktiv, schafft sie doch ebenfalls nur befristete Drittmittelpositionen. Die Personalstrukturen müssen modernisiert, mehr Dauerstellen für wissenschaftliche Tätigkeit „neben der Professur“ geschaffen und die Hochschulen endlich ausfinanziert werden. Tenure-Track-Vereinbarungen müssen auf Qualifikationsstellen und bei Juniorprofessuren die Regel werden. Zudem setzen wir uns für Promotionen auf Stellen statt Stipendien ein.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung von "Tenure Track"-Regelungen und Nachwuchsprofessuren (Junior-Professuren) im deutschen Wissenschaftssystem? Wie können diese gefördert werden? Welche zusätzlichen finanziellen Mittel können Sie dazu zur Verfügung stellen?

Die Juniorprofessur ist ein sinnvoller Einstieg in eine transparentere und evaluationsgestützte Personalentwicklung in der Wissenschaft. Sie sollte nicht der einzige Weg bleiben, zumal mit ihr auch spezifische Probleme, etwa wegen der Verbeamtungspraxis sowie der zeitlichen Befristung verbunden sind. Da ohne eine erneute Förderung der Ausbau der Juniorprofessur derzeit bei etwa 2,9 % der gesamten ProfessorInnenschaft stagniert, sollte eine Neuauflage spezifischer Bundesprogramme erwogen und der Tenure-Track verpflichtend integriert werden.

DIE LINKE setzt sich zudem für mehr dauerhafte, selbständige und attraktive Stellen im Angestelltenverhältnis ein. Auf allen Karrierestufen nach der Promotion müssen Tenure-Optionen die Regel werden, um Transparenz, Leistungsgerechtigkeit und Planbarkeit in den Karrierewegen zu sichern. Persönliche Abhängigkeiten und Hierarchien dürfen nicht länger die wissenschaftliche Kreativität und Innovationsfähigkeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler behindern. Voraussetzung für eine nachhaltige Personalentwick-

lung ist die finanzielle Planungssicherheit der Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen.

Welche Rolle spielt für Sie der akademische Mittelbau? Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um den akademischen Mittelbau gegebenenfalls wieder zu stärken?

Der Mittelbau umfasst aus unserer Sicht das gesamte wissenschaftliche Personal im Angestelltenverhältnis sowie hauptberuflich tätige Lehrbeauftragte und PrivatdozentInnen. Der Mittelbau stellt etwa 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen und gehört demnach zu den wichtigsten Leistungsträgern in der Wissenschaft. Unser Grundansatz lautet, dass für Daueraufgaben in Lehre und Forschung auch Dauerstellen eingerichtet werden. Immer kürzere Befristungen und der Ersatz von regulärer Lehrleistung durch Lehrbeauftragte müssen zurück gedrängt werden.

Wir sprechen uns für eine Vereinfachung der Personalstrukturen und für eine größere Selbständigkeit des angestellten wissenschaftlichen Personals aus. Gestützt durch eine nachhaltige Personalplanung und -entwicklung sollten die Institute und Fachbereiche die Personalverantwortung übernehmen. Das nicht mehr zeitgemäße Lehrstuhlprinzip kann zugunsten projektorientierter Teamarbeit unter professoraler Koordination aufgegeben werden.

Die Stärkung des Mittelbaus an Hochschulen kann nach dem jetzigen Stand der Föderalismusreform nur durch Landeshochschulgesetze und entsprechende Zielvereinbarungen umgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich jedoch für eine stärkere Kompetenz des Bundes für die Personalstrukturen an Hochschulen ein. Das Hochschulrahmengesetz muss dafür wieder breite Geltung erlangen.

DIE LINKE fordert zudem, im Rahmen der Förderprogramme der DFG Anreize für die Schaffung selbständiger Wissenschaftlerstellen neben der Professur verstärkt zu fördern. Die bisherigen Programme, etwa „Eigene Stelle“, „Emmy Noether“-Nachwuchsgruppen sowie die „Heisenberg-Professur“ müssen reformiert und aufgestockt werden. Wir setzen uns ebenfalls für die Schaffung eines Nachwuchsprogramms auf Ebene des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein.

Wie bewerten Sie die Wirkungen des Wissenschaftszeitgesetzes auf die Attraktivität und die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren? Sollte Ihrer Meinung nach am Wissenschaftszeitgesetz in seiner derzeitigen Form unter der aktuellen Finanzierungslage festgehalten werden?

Die Koalition reagierte nach eigenen Angaben mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf die veränderten Bedingungen durch steigende Finanzierungsanteile durch Drittmittel an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. DIE LINKE hat das Gesetz wiederholt kritisiert, da immer prekärere Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau die falsche Antwort auf die mangelnde finanzielle Planungssicherheit der Wissenschaftseinrichtungen darstellt. Grundsätzlich können auch Drittmittelprojekte mit unbefristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestritten werden.

Als besonders problematisch sehen wir die mit dem Gesetz erlaubten unbefristeten Befristungsregelungen sowie die Tarifsperre an. Diese beiden Vorschriften befördern die Herausbildung eines akademischen Tagelöhners. Wir fordern daher, die Befristungsmöglichkeiten wieder auf sechs Jahre zu begrenzen sowie tarifliche Regelungen für wissenschaftliches Personal auf Drittmittelstellen zuzulassen. Weiterhin muss endlich eine ernsthafte Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes vorgelegt werden.

Grundsätzlich sehen wir Drittmittel als zusätzlich erwirtschaftete Einnahmen besonders der Hochschulen und grundlagenorientierten Wissenschaftseinrichtungen an, die eine abgesicherte Grundfinanzierung nicht ersetzen können.

Wissenschaft in der Gesellschaft

Wie beurteilen Sie den Stellenwert der Wissenschaft in der deutschen Gesellschaft?

In zunehmend wissensbasierten Gesellschaften wie der unseren wird die Erarbeitung und Verbreitung neuer Erkenntnisse und Methoden zur Schlüsselfrage der Zukunftsfähigkeit. Die Große Koalition hat die Mittel für Wissenschaft und Forschung ausgeweitet, aber vor allem in marktnahe Disziplinen und Technologien investiert. Einer ausgeweiteten Drittmittel- und Auftragsforschung stehen stagnierende oder gar sinkende Grundbudgets von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gegenüber. Daraus resultieren Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der Bedeutung von Wissenschaft nicht gerecht werden. Zudem sind gesellschaftlich sinnvolle, aber marktfernere Fragestellungen und Forschungsfelder unterrepräsentiert. DIE LINKE schlägt daher vor, die Bedeutung der Wissenschaft zu stärken, indem ihr Gemeinnutzen in der öffentlichen Kommunikation, aber auch in der Forschungsförderung in den Vordergrund rückt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Arbeit in der Wissenschaft familienfreundlicher zu gestalten?

Überfällig ist ein Mentalitätswechsel - weg vom Ideal ständiger Verfügbarkeit des (männlichen) Wissenschaftlers zu besser geregelten und perspektivisch abgesicherten Arbeitsverhältnissen im Sinne von „Wissenschaft als Beruf“. Wissenschaftliche Karriere und Familienleben sind für männliche wie weibliche Wissenschaftler heute kaum vereinbar. Um diesen Wechsel zu vollziehen, sind Veränderungen in der Hochschulsteuerung und bei den Personalstrukturen Voraussetzung. DIE LINKE setzt sich, wie beschrieben, für mehr tariflich gesicherte Dauerstellen mit selbständigen Forschungs- und Lehrmöglichkeiten im Mittelbau und in der Nachwuchsförderung ein. Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen auf Qualifikationsstellen müssen neben Lehrstuhlverpflichtungen auch die eigene Qualifikation im vorgesehenen Zeitbudget verfolgen können. Quantitative Bewertungs- und Evaluierungskriterien, etwa Publikationsindizes, müssen in ihrer Anwendung begrenzt werden. Daneben muss Kinderbetreuung an Hochschulstandorten zur Regeleinrichtung werden. Und nicht zuletzt sind die Bedingungen für berufliche, auch wissenschaftliche Karrieren von Frauen deutlich zu verbessern, damit das Alleinverdienermodell zum Auslaufmodell werden kann. DIE LINKE setzt sich für diese Ziele sowohl im Bund wie auch auf Landesebene ein.

Frauen sind in vielen Bereichen der Wissenschaft noch sehr schwach vertreten, besonders in höheren Ebenen. Auch im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland sehr wenige Frauen, die eine Professur oder vergleichbare Stelle erreichen. Welche Gründe sehen Sie hierfür? Was würden Sie tun, um das Potential der Frauen, insbesondere im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich, besser für die Gesellschaft zu nutzen?

DIE LINKE geht davon aus, dass strukturelle Hindernisse (überkommenes Wissenschaftlerideal, individualisierte und hierarchische Personalentwicklung, Fehlanreize in der Hochschulsteuerung...) für die Durchsetzung von Chancengleichheit in Forschung und Lehre nicht grundsätzlich durch individuelle Anpassungsmechanismen überwunden werden können. Deshalb müssen - bei aller Bedeutung spezifischer Förderprogramme (Frauen in MINT-Berufen, Kompetenzzentrum „Frauen in Wissenschaft und Forschung“, Professorinnen-Programm, Existenzgründungsprogramme für Frauen, „Frauen an die Spitze“) - die wesentlichen Weichenstellungen über die Koppelung von Gleichstellungszielen mit Anreiz- und Gratifikationssystemen einschließlich Sanktionsmechanismen in der Forschungsförderung insgesamt erfolgen.

Von den vorhandenen Förderschwerpunkten unterstützen wir insbesondere:

- das Professorinnenprogramm, wobei die Stellen nach Ablauf der geförderten fünf Jahre durch entsprechende Vereinbarungen mit den Hochschulen abgesichert werden müssen;
- individuelle Förderung wissenschaftlicher Schlüsselqualifikationen eingebettet in Mentoringprogramme, Stipendien für Auslandsforschungsaufenthalte oder den Besuch von Konferenzen im Ausland sowie den Aufbau von Frauennetzwerken;
- Wiederaufnahme eines Programms zur Förderung der Frauen-/Genderforschung (im alten HWP immerhin 15 Prozent der Mittel des Fachprogramms Chancengleichheit);
- Gendersensible Schulungsmaßnahmen für wissenschaftliches und administratives Leitungspersonal an Hochschulen, die zur Durchsetzung von geschlechtergerechten Begutachtungs- und Berufungsverfahren sowie weiteren geschlechtersensiblen Veränderungen bei der Betreuung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses notwendig sind.

Eine strukturelle Neugestaltung ist auch im Bereich der Gewinnung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses gefordert. Im Zentrum der Kritik steht die individuelle Nachwuchsförderung durch Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber. Diese Form der Auswahl und Betreuung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern leistet informellen Verfahren Vorschub, die Frauen ausgrenzen. Nachwuchsförderung sollte daher Aufgabe der Institute werden, die in diesem Rahmen transparente Standards zur Auswahl und Betreuung sowie eine verantwortliche Personalplanung und -entwicklung einführen. Dazu gehören u.a. geschlechterparitätische Begutachtungs- und Berufungsverfahren, externe und insbesondere auch internationale GutachterInnen sowie die verbindliche Entwicklung von Leitlinien für solche Verfahren in den Zielvereinbarungen der Länder mit den Hochschulen. Ihre Durchsetzung muss durch gendersensible Schulung des wissenschaftlichen und administrativen Personals befördert werden.

Wegweisend ist für DIE LINKE die allgemeine Einführung anonymer Bewertungsverfahren als „Double-blind-Verfahren“. Solche Verfahren erhöhen nachweislich die Erfolgsquote von Frauen bei Forschungsanträgen wie bei der Einreichung von Artikeln in Zeitschriften mit Peer-Review. Daher begrüßen wir als ersten Schritt den Entschluss der DFG, dieses Verfahren nunmehr bei der Vergabe von Forschungsdrittmitteln anzuwenden.

Doktorandenausbildung

Welche Defizite sehen Sie in den (teilweise fächerspezifischen) Finanzierungs- und Beschäftigungsmodellen für Doktoranden in Deutschland? Wie kann eine angemessene soziale Absicherung, insbesondere in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, auch für Stipendiaten kostengünstig ermöglicht werden?

Insbesondere in den weniger drittmittelstarken Fächern der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften müssen Doktoranden mit Beschäftigung auf halber Stelle rechnen. Da sie dabei nicht nur an ihrem eigenen Projekt, sondern in der Regel auch für den Lehrstuhl arbeiten, beziehen sie ein Gehalt weit unter Aufwand und ihrer Qualifikation. Darüber hinaus veranlasst die unsichere Perspektive über den Verbleib an der Hochschule nach Abschluss der Doktorarbeit viele zum längeren Promovieren. Selbst auf ganzen Promotionsstellen lässt sich aber über längere Zeit nicht ernsthaft für die Rente vorsorgen.

Abhilfe kann nur eine Reform der Personalstruktur an den Hochschulen schaffen. DIE LINKE hat bereits den Vorschlag gemacht, die Kategorie des angestellten Forschers/ der angestellten Forscherin auch an Hochschulen einzuführen. Damit würden Leistungen des wissenschaftlichen Mittelbaus angemessen in Status und Bezahlung abgebildet. Allein in den letzten fünfzehn Jahren haben Regierungen 1500 Professuren eingespart. In einer Situation, in der Studierendenzahlen steigen und weiter steigen sollen und in der auch politisch gewünscht ist, dass mehr Menschen wissenschaftlich tätig werden sollen, muss die-

ser Abbau umgekehrt werden. Statt aber das überkommene, wenig teamorientierte Lehrstuhlprinzip wieder zu beleben, sieht DIE LINKE in der Stärkung des Mittelbaus die Chance auf vielfältige Verbesserungen für Forschung, Lehre und Betreuung an den Hochschulen.

Anders sieht die Situation der Stipendiatinnen und Stipendiaten aus, die vor allem vor dem Problem fehlender Sozialleistungen stehen. Dagegen müssten die Leistungen der Förderwerke so erhöht werden, dass Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung aus dem Stipendium zusätzlich selbst bezahlt werden können. Eine Alternative wäre, Promovierenden den Vollstudentenstatus zu verleihen. Da sich DIE LINKE aber für die Anerkennung der Promotionszeit als Berufsteinstieg einsetzt, hält sie einen solchen Vorschlag für einen falschen und einen auch für die Sozialversicherungen problematischen Kurswechsel. In jedem Stipendienmodell bleibt schließlich das Problem der fehlenden Ansprüche auf die Arbeitslosenversicherung. Auch unter Gesichtspunkten der Einbindung in die wissenschaftliche Community sind Stipendien festen Stellen nachzuordnen. Daher bleibt für uns der Einsatz für mehr Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau statt Stipendien zentraler Ansatzpunkt linker Hochschulpolitik.

Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Betreuungsbedingungen von Doktoranden? Wie könnte das Betreuungsverhältnis, gerade an den Universitäten, deutlich verbessert werden? Erscheint Ihnen die Wiedereinführung eines personalstarken Mittelbaus als eine gute Möglichkeit?

Wie bereits ausgeführt, schließt sich DIE LINKE der Einschätzung an, dass ein starker Mittelbau die Betreuungssituation verbessern wird. Wir setzen dabei insbesondere darauf, die Verantwortung für den sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs vom Lehrstuhl auf die Fachbereichsebene zu übertragen. Jenseits der natürlich weiter bestehenden und notwendigen individuell geregelten Zusammenarbeit mit einzelnen Professuren, könnten Fachbereiche so eine angemessene und transparente Betreuung für alle leisten.

Inwieweit sollten außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bzw. Fachhochschulen das Recht zur Promotion bekommen?

DIE LINKE unterstützt verstärkte Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in deren Rahmen Promotionen unter doppelter Flagge möglich sein sollten. Das Promotionsrecht sollte allerdings bei den Hochschulen bleiben. Nur dort ist die wissenschaftliche Breite gewährleistet, die Doktorandinnen und Doktoranden eine angemessene Praxis in Forschung und Lehre ermöglicht. Außerdem ist das Promotionsrecht der Universitäten ein notwendiger Anreiz für die gut ausgestattete außeruniversitäre Forschung, sich auf Universitäten und ihre Studierenden zu bewegen. Aus Sicht der Bildungs- und Forschungspolitik ist es wünschenswert, wenn auf Dauer zwischen den unterschiedlich finanzierten und organisierten Systemen der Hochschulen und der außeruniversitären Einrichtungen Synergieeffekte entstehen.

Fachhochschulen möchte DIE LINKE langfristig zu echten Universitäten für angewandte Wissenschaften ausbauen mit weniger Lehrbelastung für die Professorinnen und Professoren und mehr Zeit für Forschung und Kooperationsprojekte mit Universitäten und der Wirtschaft. Gerade in strukturschwachen Regionen bilden Fachhochschulen heute oft den Kern für eine aufstrebende wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ihren Stellenwert will DIE LINKE mit Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Einrichtungen anerkennen. Bei entsprechender Verbreiterung der Fächer- und Forschungsbasis sollten sie auch das Promotionsrecht erhalten.

Wissenschaftskommunikation

Wie stellen Sie sich ein Programm vor, welches wissenschaftliche Erkenntnisse aufbereitet und flächig an Schulen anbietet, nicht nur an einigen wenigen universitätsnahen Schulen? Welche Aktivitäten stellen Sie sich zur Förderung der Wissenschaftskommunikation auf Seiten der Wissenschaftler vor?

Sehr begrüßen würden wir Programme, mit deren Unterstützung Wissenschaftler einzelne Stunden an Schulen gestalten könnten, um die Neugier auf Studieren und auf Forschung zu wecken. Jenseits der Stoffvermittlung im tradierten Schulalltag ist gut vorstellbar, dass bei solchen Gelegenheiten der besondere Funke überspringen kann. Umgekehrt unterstützt DIE LINKE in den Ländern die Einrichtung von SchülerInnenlabors und Technikzentren für Schulkinder an Universitäten. Grundsätzlich sehen wir enge Grenzen der Wissenschaftskommunikation, wenn der damit verbundene Aufwand an Kompetenzentwicklung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit den Forschenden überantwortet wird. Vielmehr braucht es dafür eigene kompetente Öffentlichkeitsabteilungen an den Hochschulen, die ihren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei Bedarf Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, sie in Termine einbinden und Kontakte zu interessierten Einrichtungen herstellen.

Die Fähigkeit zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse an ein breiteres Publikum würde alternativ bereits in Zentren für Hochschullehre erlernt werden. Für solche Zentren setzt sich DIE LINKE bereits zur Verbesserung der Qualität von Hochschullehre ein.

Wissenschaftskommunikation bedeutet aus unserer Sicht darüber hinaus, den aktuellen Stand der Wissenschaft auch einem interessierten Fachpublikum zur Verfügung zu stellen. Daher unterstützt DIE LINKE ausdrücklich Open-Access-Bestrebungen zur freien Veröffentlichung von Publikationen und Ergebnissen.

Wie stehen Sie zum Missverhältnis von durch Steuergelder ermöglichte wissenschaftlicher Erkenntnis und der eher selten gegebenen (kosten-)freien Verfügbarkeit dieser Informationen?

DIE LINKE unterstützt die Open-Access-Ansatz für die Wissenschaft und wird sich daher für eine Novelle des Urheberrechts einsetzen. Ziel der Novelle muss sein, den spezifischen Charakter öffentlich finanzierter Wissensproduktion im Unterschied zu reiner Auftragsforschung oder kommerzieller Innovation deutlich zu machen. Neu geregelt werden soll aus Sicht der LINKEN die Möglichkeit einer mehrfachen Erstveröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen. Damit würde der Weg zu Open-Access-Veröffentlichungen freigelegt und ein breiter Zugang zum Wissen aus öffentlich geförderter Forschung eröffnet.

Die freie Verfügbarkeit wissenschaftlicher Informationen hängt insbesondere mit dem Vertragsverhältnis von Autorinnen und Autoren mit Zeitschriften- und Buchverlagen zusammen. Wenn Total-Buyout-Verträge und Exklusivabtretungen begrenzt würden, könnten Open-Access-Veröffentlichungen zum Standard werden. Damit würde auch die Position der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Verhandlungen mit Verlagen gestärkt und diese auf ihre eigentliche Rolle als Dienstleister orientiert.

Um die weitere Verbreitung von Open Access zu stärken, muss allerdings neben Veränderungen im Urheberrecht auch die Akzeptanz in der Scientific Community gesteigert werden. Und schließlich müssen Forschungseinrichtungen und Hochschulen auch technisch und organisatorisch in die Lage versetzt werden, eine umfangreiche Publikationspraxis auf Open-Access-Basis umzusetzen. Für entsprechende Förderprogramme wird sich DIE LINKE einsetzen.